

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/174

11. September 1973

In Memoriam Joachim Schulz

Zum Tode des Pressesprechers der SPD

Von Holger Börner MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Seite 1 und 1a / 57 Zeilen

Schutz für gefährdete Kinder und Jugendliche

Zur Europäischen Familienminister-Konferenz
in Nizza

Von Dr. Katharina Focke MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Ge-
sundheit

Seite 2 und 3 / 64 Zeilen

Frauenarbeitsschutz muß weiter verbessert
werden

Untersuchungsergebnisse in Hessen zeigen neue
Wege auf

Von Dr. Horst Schmidt
Sozialminister des Bundeslandes Hessen

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

In Memoriam Joachim Schulz

Zum Tode des Pressesprechers der SPD

Von Holger Börner MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Unsere Partei hat einen schweren Verlust erlitten: Jochen Schulz, der Sprecher des SPD-Vorstandes, ist allzu früh von uns gegangen. Seine engeren Freunde wußten von ihm selbst seit längerer Zeit um die Unausweichlichkeit dieses Schicksals, an dem alle ärztlichen Bemühungen nichts mehr zu ändern vermochten.

Wer Jochen Schulz in diesen für ihn und seine Freunde so bitteren Monaten besuchen und sprechen konnte, war von der tapferen Gelassenheit dieses Mannes zutiefst beeindruckt. Wie er sich auch in dieser Situation noch um andere kümmerte, sich Gedanken über politische Vorgänge und sein Arbeitsgebiet im Parteivorstand machte, kennzeichnet den ganzen Menschen Jochen Schulz. In sein bereits vom Tode gezeichnetes Gesicht trat immer wieder ein Widerschein von Freude und Zufriedenheit, wenn das Gespräch auf die letzten beiden Bundestagswahlen und die damit verbundenen Wahlkampfreisen mit Willy Brandt kam. Sein persönlicher Anteil an diesen Höhepunkten in der Geschichte unserer Partei verpflichtet zu bleibender Dankbarkeit.

Jochen Schulz ist auch in der Position im SPD-Vorstand, die er am 1. März 1969 auf Wunsch des Parteivorsitzenden Willy Brandt übernommen hatte, seinen journalistischen Grundsätzen treu geblieben. Er war deshalb weitaus mehr als ein "Sprachrohr" unserer Partei; die Nüchternheit und Klarheit, mit der er zwei Jahrzehnte lang als Journalist die politische Szenerie in der Bundesrepublik beobachtet und dargestellt hatte, gaben seiner

Stimme auch bei der Beurteilung von Entwicklungen und Sachverhalten in parteiinternen Beratungen Gewicht.

Unser verstorbener Freund hat es verstanden, einen scheinbaren Widerspruch aufzulösen: Er war einerseits Journalist und hat sich auch als Parteisprecher den Gesetzen dieses Berufs uneingeschränkt verpflichtet gefühlt, und er hat sich andererseits direkt am politischen Geschehen beteiligt. Dabei hat er sich in keinem dieser Tätigkeitsbereiche verleugnen müssen; er hätte dies auch nicht gekonnt. Täuschung oder Halbwahrheiten waren ihm zuwider.

Seine Offenheit und seine Hilfsbereitschaft waren nicht nur uns, seinen Freunden in der Partei, sondern in besonderem Maße auch den Journalisten eine wertvolle Unterstützung ihrer Arbeit. Nicht Lautstärke oder rhetorische Kraftmeierei waren seine Mittel, sondern sachliche Argumente, wahrheitsgemäße Information und persönliche Überzeugungskraft. Welches hohe Ansehen und kollegialen Respekt er dank dieser Eigenschaften auch bei den anderen Parteien genossen hat, haben die Kondolenztelegramme der Sprecher von CDU, CSU und FDP eindrucksvoll bestätigt.

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Mitgliedern ihres Präsidiums und Vorstandes und den Mitarbeitern im Erich-Ollenauer-Haus wird in diesen Tagen noch einmal besonders schmerzlich bewußt, auf welchen guten Freund und wichtigen Ratgeber sie nunmehr endgültig verzichten müssen. Seine Sachkenntnis, seine Ermunterungen und seine gelegentlich auch engagierte Kritik, sein ausgeprägtes, zugleich aber auch ausgleichendes Temperament werden uns sehr fehlen. Der Verlust ist groß:menschlich, fachlich und politisch. (-/11.9.1973/ks/ja)

+ + +

Schutz für gefährdete Kinder und Jugendliche

Zur Europäischen Familienminister-Konferenz in Nizza

Von Dr. Katharina Focke MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Am 11. und 12. September 1973 treffen sich zum dreizehnten Mal die Familienminister aus 14 europäischen Ländern des Europarats. Für mich ist dies die erste europäische Konferenz seit meiner Zeit im Bundeskanzleramt. Ich mußte ein wenig lächeln, als ich die Teilnehmerliste sah: Selten wohl findet man so viele Frauen in der Politik! Österreich, Belgien, Schweden und Dänemark werden von weiblichen Regierungsmitgliedern vertreten. Aus Frankreich kommt zwar ein männlicher Minister, aber in Begleitung eines weiblichen Staatssekretärs. Ich bin also keineswegs mehr die einzige Frau am Konferenztisch!

Die Europäische Familienministerkonferenz hat sich im Laufe der Jahre mit vielen wichtigen Fragen beschäftigt, so zum Beispiel das letzte Mal 1971 in Stockholm mit dem auch bei uns brennenden Thema: "Alleinstehende Elternteile mit abhängigen Kindern". Diesmal geht es um "Gefährdete Kinder und Jugendliche". An alle Teilnehmerstaaten ist schon vor langer Zeit ein Fragebogen verschickt worden. Ergebnis der ausgewerteten Antworten ist ein Bericht, der den Diskussionen zugrunde liegen wird.

Als Neuling unter den Familienministern stellte ich mir die Frage nach Sinn und Zweck einer solchen Konferenz. Viel Arbeit geht ihr voraus und die Zeiten, da in der Begegnung allein schon der Fortschritt für Europa gesehen wurde, sind längst vorbei. Die Antwort drängte sich beim Lesen des Berichts auf: Die Ähnlichkeit der Probleme und die Vergleichbarkeit der Situation, was die Gefährdung Jugendlicher betrifft, sind in West-Europa offenbar sehr groß. Der Stand unserer wirtschaftlichen, industriellen, sozialen und kulturellen Entwicklung bringt verwandte soziale Probleme hervor. Die Art, in der jedes Land mit ihnen fertig zu werden versucht, ist allerdings sehr unterschiedlich. Die Systeme, die Methoden, die Zuständigkeiten und die Finanzierungsmodalitäten

sind historisch entstanden und noch keineswegs auf einen Kenner zu bringen.

Die Schwierigkeiten des Vergleichs beginnen bei der Statistik. Der Gesamtbericht mußte darauf verzichten, überhaupt eine vorzulegen, weil die bisher erhobenen Daten der einzelnen Länder wie Äpfel und Birnen sind - einfach nicht vergleichbar. Diese Erfahrung machen wir nicht nur im Europarat. Es wird höchste Zeit, diese einfachsten Voraussetzungen für den europäischen Erfahrungsaustausch zu schaffen.

Erfahrungsaustausch, das ist das Stichwort für diese wie für vergleichbare Konferenzen. Wo die Probleme ähnlich, aber die Wege zu ihrer Lösung verschieden sind, liegt es nahe, zu vergleichen, über die Grenzen zu schauen, von anderen zu lernen und damit Lernprozesse abzukürzen. Ich frage mich nur: Geschieht der Erfahrungsaustausch auch wirklich in diesem konkreten und integrierenden Sinn? Gelegentlich beschleicht mich das unguete Gefühl, daß allzu monologisierend jeder darstellt, wie es bei ihm aussieht (und zumindest unbewußt zugleich unterstellt, daß er - relativ gesehen - mit am besten abschneidet). Aus vielen Einzeldarstellungen wird dann nur eine Addition, aber kein Bündel ausgewerteter Erfahrungen, die zu einer qualitativ neuen, gemeinsamen Anstrengung führen könnten oder zumindest dazu, daß der eine oder andere Staat die eine oder andere Anregung ernsthaft prüft und aufnimmt.

Ich bin nach Nizza mit der festen Absicht gefahren, etwas für die vor uns liegenden Probleme der Jugendhilfe zu lernen. So habe ich dem Bericht unter anderem entnommen, daß offenbar in England die Beratung auf kommunaler Ebene weniger spezialisiert und zersplittert ist als bei uns, und daß es anscheinend auf diese Weise besser gelingt, den Familien, das heißt den verschiedenen Familienmitgliedern, bei verschiedenen Problemen Lebenshilfe zu geben. Dies näher zu ergründen paßt in die Aufgaben, die mit dem Ausbau von Beratung in vielfältigster Form in den kommenden Jahren vor uns liegen.

(-/11.9.1973/ks/ex)

Frauenarbeitsschutz muß weiter verbessert werden

Untersuchungsergebnisse in Hessen zeigen neue Wege auf

Von Dr. Horst Schmidt

Sozialminister des Bundeslandes Hessen

Die Überprüfung zahlreicher Arbeitsplätze von Frauen in Hessen hat zu klaren und für die weitere Entwicklung bedeutsamen Erkenntnissen geführt. Die Mitarbeiter der Gewerbeaufsichtsämter haben vom 1. März bis 15. April 1973 im Rahmen einer "Aktion Frauenarbeitsschutz" 2.193 Betriebe aufgesucht, in denen 94.232 Frauen über 18 Jahre beschäftigt sind. Dabei wurden insgesamt 9.842 Mängel auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes festgestellt, die sich auf annähernd zwei Drittel der überprüften Betriebe verteilen.

Den häufigsten Anlaß zur Klage gab die Nichtbeachtung von Vorschriften auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit. 4.157 Verstöße - 55 vH. aller Beanstandungen - wurden hier registriert. Es folgen mit 1.626 Fällen Verstöße gegen Formvorschriften und dann Beanstandungen wegen der Gestaltung des Arbeitsplatzes. Die Aktion ergab ferner, daß die geltenden Vorschriften für weibliche Arbeitnehmer in kleineren Betrieben oft weniger ernst als in Großbetrieben genommen werden. Mit 311 Verstößen auf je 1.000 beschäftigte Frauen bezogen wies das Friseurgewerbe die meisten Beanstandungen auf, gefolgt vom Einzelhandel mit 157 und dem Textil- und Bekleidungs-gewerbe mit 148 Verstößen.

Mit der Aktion der Gewerbeaufsicht wurde das Ziel verfolgt, weitere Aufschlüsse über die Verhältnisse und Bedingungen der Frauen am Arbeitsplatz zu gewinnen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die meisten der ermittelten Verstöße in

keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Arbeit der Frauen standen, sondern ebenso für männliche Arbeitnehmer von Belang sind. Das gilt in erster Linie für die zahlreichen sicherheitstechnischen Mängel. Deshalb muß das Maschinenschutzgesetz zu einem noch wirksameren Instrument des Unfallschutzes ausgebaut werden. Notfalls wird Hessen hier im Bundesrat initiativ werden.

Die Aktion hat gezeigt, daß noch weitere gründliche arbeitsmedizinische Untersuchungen notwendig sind, um die Belastung weiblicher Arbeitnehmer besser beurteilen zu können. Dabei muß stärker als bisher die Tatsache berücksichtigt werden, daß Frauen besonders häufig in Betrieben mit ständig wiederkehrenden typischen Arbeitsabläufen tätig sind. Diese nur scheinbar körperlich leichte Arbeit bringt nicht selten erhebliche nervliche und physische Belastungen mit sich, die zu Gesundheitsschäden führen könnten. Außerdem hat es sich als notwendig erwiesen, das System der für Frauen geltenden Arbeitsschutzvorschriften und die bestehenden Beschäftigungsverbote zu überdenken. Ein Teil dieser für Frauen geltenden Beschäftigungsverbote ist vor Jahrzehnten unter völlig anderen Voraussetzungen aufgestellt worden und hat heute Berechtigung mehr. Sie werden zu Recht von den Frauen als diskriminierend empfunden.

Die Einführung des Babyjahres und ein verbesserter Mutterschutz könnten langfristig dazu beitragen, die Situation der berufstätigen Frauen erträglicher zu gestalten. Darüber hinaus muß die gesellschaftspolitische Entwicklung aber verstärkt mit dem Ziel vorangetrieben werden, die Gleichbehandlung der Frau auch in den Fragen des Aufstiegs und der Entlohnung am Arbeitsplatz endlich durchzusetzen.

(-/ 11.9.1973/hgy/ex)